

INSM-Dialog, 26. Februar 2013

# **Internationaler Gerechtigkeitsmonitor 2013**

## **So gerecht ist die Soziale Marktwirtschaft**

### **Statement**

**Hubertus Pellengahr**  
Geschäftsführer  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserem INSM-Frühstücksdialog.

Gemeinsam mit Dr. Dominik Enste vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln möchte ich Ihnen heute die Ergebnisse der Studie „Gerechtigkeitsmonitor 2013“ vorstellen.

Vor knapp zwei Wochen haben wir erfahren, wie die Bevölkerung eigentlich über Gerechtigkeit denkt, was die Deutschen für gerecht halten. Eine Umfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach) für uns durchgeführt hat, hat ergeben, dass in Deutschland ein sehr differenziertes Bild von Gerechtigkeit herrscht. Nicht die Verteilungsgerechtigkeit besitzt für die Mehrheit der Deutschen den höchsten Stellenwert – sondern die Ausprägung der Chancengerechtigkeit in unserem Land ist für sie am wichtigsten. Die in Form von Steuererhöhungsplänen und Umverteilungsforderungen häufig thematisierte Verteilungsgerechtigkeit besitzt den geringsten subjektiven Stellenwert.

Die zentralen Fragen im Wahljahr 2013 sind: Wie können wir unsere Gesellschaft sozial gerechter und durchlässiger, ökologisch nachhaltiger und mit Perspektiven und Chancen für jeden gestalten? Denn: Gerechtigkeit ist eine entscheidende Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und damit für unseren Wohlstand.

Deutschland hat hier einen entscheidenden Vorteil gegenüber vielen anderen Volkswirtschaften: Wir haben eine Soziale Marktwirtschaft und sie bietet – wenn ihre Prinzipien konsequent umgesetzt und eingehalten werden – die besten Voraussetzungen für Gerechtigkeit in einer Gesellschaft.

Unser Gerechtigkeitsmonitor ermöglicht auf der einen Seite einen internationalen Staatenvergleich in sechs verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen:

Chancengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit, Regelgerechtigkeit und Einkommensgerechtigkeit. Zum anderen haben die Wissenschaftler die 28 betrachteten Staaten dabei in fünf Gruppen mit ähnlichen Wirtschaftsordnungen unterteilt um zu zeigen, welche Wirtschaftsordnung die besten Voraussetzungen für Gerechtigkeit in einer Gesellschaft bietet. Deutschland gehört zusammen mit Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Österreich zu den „Sozial ausgerichteten Marktwirtschaften Kontinentaleuropas“. Eine Wirtschaftsordnung wird dann als gerecht bewertet, wenn sie möglichst viele der eben genannten Gerechtigkeitsdimensionen erfüllt.

Der Vergleich zeigt: die Soziale Marktwirtschaft ist anderen Ordnungssystemen überlegen. Denn sie verbindet auf sinnvolle und erfolgreiche Art und Weise soziale mit marktwirtschaftlichen Elementen. So konnten wir uns, unter anderem dank der Erfolge auf dem Arbeitsmarkt und einer stabilen Konjunktur, auf den insgesamt 7. Platz vorarbeiten. Das ist ein beachtliches Ergebnis - aber es gibt noch Platz nach oben. Und wir wären nicht Anhänger des Wettbewerbs, wenn wir uns für Deutschland nicht mindestens einen Platz auf dem Treppchen wünschen würden.

Es wird Sie nicht überraschen, aber wir sind davon überzeugt zu wissen, wie sich mehr Gerechtigkeit in Deutschland erreichen ließe. Unsere Defizite liegen nämlich dort, wo die Prinzipien die Sozialen Marktwirtschaft nicht konsequent umgesetzt und eingehalten werden.

Die Studie zeigt, dass die Soziale Marktwirtschaft die besten Voraussetzungen für Gerechtigkeit bietet. Mit der Mindestsicherung verfügt die Gesellschaft über die Mittel, soziale Härten entsprechend der Bedarfsgerechtigkeit aufzufangen. Ungerechtigkeiten entstehen dann, wenn die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nicht konsequent befolgt werden. So führen unzureichende Anstrengungen bei der Haushaltskonsolidierung zu massiven Mehrbelastungen der nachfolgenden Generationen und schaden damit der Generationengerechtigkeit. Ebenso ist die anhaltende Diskussion über Steuererhöhungen falsch, Der Abstand zwischen Arm

und Reich wird durch eine leistungs- und innovationsfördernde Politik verringert – nicht die Schaffung von weiteren staatlichen Einnahmen. Steuererhöhungen untergraben das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit ohne die Verteilungsgerechtigkeit nachhaltig zu verbessern.

Unsere Politik es derzeit nicht ausreichend, möglichst vielen eine faire Teilhabe am Bildungssystem zu ermöglichen. Besonders Kinder aus bildungsfernen Schichten haben hier häufig das Nachsehen. Das Ranking macht deutlich: neben den reinen Investitionen im Bildungsbereich spielen auch die Qualität der Lehre und die Möglichkeiten zur Individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen eine große Rolle bei der Schaffung von Chancengerechtigkeit. Hier hat Deutschland, dank der Sozialen Marktwirtschaft, noch erhebliches Potential.

Die Ergebnisse des „Gerechtigkeitsmonitor 2013“ wird Ihnen nun der Autor der Studie, Dr. Dominik Enste im Detail erläutern.

Im Anschluss freuen wir uns auf eine Diskussion mit Ihnen.